

2 Die Ressourcentheorie (IMTM) als Rahmen

2.1 Die Ressourcentheorie im Überblick

Mit der *Ressourcentheorie (IMTM)*, die im Folgenden vorgestellt wird, werden Handlungsmöglichkeiten von Individuen betrachtet, die sich durch die zur Verfügung stehenden Ressourcen ergeben. Der Ansatz betrachtet dafür Ressourcen wie Einkommen (Geld), Bildung, Gesundheit, psychische und soziale Ressourcen etc. Mit ungleichen Ressourcenausstattungen sind ungleiche Handlungsmöglichkeiten und ungleiche soziale Positionen verbunden, weshalb mit dieser Ressourcentheorie soziale Ungleichheit im Sinne der Ungleichheitssoziologie (multidimensional) beschrieben werden kann. Als *soziologische Theorie der Ungleichheit* trägt die dargestellte Ressourcentheorie zur Erklärung der Entstehung, Aufrechterhaltung (Persistenz) und Reproduktion sozialer Ungleichheit bei. Sie geht aber über Ungleichheitstheorien hinaus und stellt auch eine sozialpolitische Theorie dar. Als *sozialpolitische Theorie* fokussiert sie darauf, wie sozialpolitische Interventionen auf die individuelle Ausstattung mit Ressourcen einwirken und gemäß welcher „Mechanismen“ die Verteilung/Zuteilung von Ressourcen (sozial-)politisch organisiert ist.

Die hier vorgestellte Ressourcentheorie ist interdisziplinär, multidimensional, transformations- und mehrerebenenbezogen konzipiert und wird in Kurzform als *Ressourcentheorie (IMTM)* bezeichnet, um sie von anderen Ansätzen, wie z.B. gerechtigkeits-theoretischen, volkswirtschaftlichen oder psychischen Ressourcentheorien, zu unterscheiden. Sie wurde in der Dissertation *Lebensqualität produzieren. Eine Ressourcentheorie und Machtanalyse des Wohlfahrtsstaats* (Knecht 2010) in ersten Schritten skizziert, in einigen kleineren Schriften¹¹ umrissen und anschließend ausgearbeitet – insbesondere durch gemeinsame Herausgeberschaft¹² und Autorenschaft¹³ – mit Franz-Christian Schubert¹⁴ wie auch mit anderen Kolleg*innen (Knecht et al. 2014) sowie in mehreren Einzelbeiträgen.¹⁵ Dabei wurde die Ressourcentheorie (IMTM) in den Kontext Sozialer Arbeit wie auch der Armutsforschung (Knecht/Schenk 2023) gestellt. Die Ressourcentheorie wurde mit Bezug auf die Diskussion von Ressourcen in verschiedenen Disziplinen konzipiert. In der Überwindung eines reduzierten volkswirtschaftlichen Ressourcenbegriffs¹⁶ bezieht sie sich

11 Knecht/Buttner 2008; Buttner/Knecht 2009

12 Knecht/Schubert 2012; Schubert/Knecht 2012a, 2016.

13 Schubert/Knecht 2012b, 2015.

14 Prof. Dr. Franz-Christian Schubert ist Psychologe der Hochschule Niederrhein.

15 Knecht 2011, 2012a, 2012b, 2012c, 2016.

16 siehe Schubert/Knecht 2012b; Hanesch 2012; Sen 1992, 1985; Dworkin 2011.

auch auf soziologische Theorien, auf den *capability approach* von Amartya Sen sowie auf psychologische, sozialarbeiterische (siehe unten sowie Knecht/Schubert 2020) und politische Theorien. Insofern stellt diese Ressourcentheorie eine interdisziplinäre Theorie dar (auch wenn sie durch ihr Erklärungspotential und ihre Funktionalität als spezifische Theorie der Soziologie Sozialer Ungleichheit und der Sozialpolitik gesehen werden kann (siehe Kap 2.2 und 2.3)). Sie stellt des Weiteren eine multidimensionale Theorie dar, da sie – wie andere Ansätze der Armutsforschung¹⁷ – soziale Ungleichheit (und ggf. auch Armut) durch die Einbeziehung von verschiedenen Ressourcen multidimensional darstellt. Die verschiedenen Dimensionen werden nicht als unabhängig voneinander betrachtet, sondern in ihrer Wechselwirkung, also in der Weise, wie Ressourcen in andersartige Ressourcen transformiert werden (das ist v.a. wichtig zur Beschreibung der Persistenz und Reproduktion von Ungleichheit). Die Ressourcentheorie ist daher auch transformationsbezogen. Nicht zuletzt betrachtet sie das Zustandekommen der individuellen Ressourcenausstattung im (sozial-)politischen Mehrebenenprozess. Daher wird die vorgestellte Ressourcentheorie gemäß ihren Merkmalen als *interdisziplinäre, multidimensionale, transformations- und mehrebenenbezogene Ressourcentheorie* – oder kurz als *Ressourcentheorie (IMTM)* – bezeichnet (s.a. Knecht/ Schenk 2023). Ihrer Funktionen entsprechend kann sie auch als *Ressourcentheorie der sozialen Ungleichheit und der Sozialpolitik* bezeichnet werden und auch darüber hinaus als Dachtheorie für die Soziale Arbeit dienen. Im Folgenden wird der Einfachheit halber nur von Ressourcentheorie gesprochen soweit keine Verwechslungsgefahr mit anderen Ressourcenansätzen oder -theorien besteht. Im Kapitel 2.2 wird die Ressourcentheorie als multidimensionale Ungleichheitstheorie vorgestellt; in den Kapiteln 2.3 und 2.4 wird ihre Zweckdienlichkeit als sozialpolitische Theorie bzw. als (Ressourcen-)Theorie der Sozialen Arbeit fokussiert.

2.2 Die Ressourcentheorie als multidimensionale Ungleichheitstheorie

Allgemein werden unter Ressourcen Mittel, Gegebenheiten, Merkmale oder Eigenschaften verstanden, die dazu dienen, Ziele zu verfolgen, Anforderungen zu bewältigen, spezifische Handlungen auszuführen oder einen Vorgang ziel-

17 Neben dem im deutschsprachigen Raum verbreiteten Lebenslagenansatz, dessen Spektrum an verwendeten Dimensionen jedoch nicht theoretisch fundiert ist, hat sich international eine breite Diskussion zur multidimensionalen Armutsforschung, etabliert, v.a. mit Blick auf die multidimensionale Beschreibung von Armut (*multidimensional poverty measurement*) (siehe z.B. Alkire et al. 2015).

gerecht zu vollziehen (Knecht/Schubert 2020). Ressourcen eröffnen individuelle Handlungsspielräume; daher kann die Ausstattung mit Ressourcen als Indikator für Handlungsfähigkeit betrachtet werden. Mein Versuch der Entwicklung und Ausarbeitung einer sozialwissenschaftlichen Ressourcentheorie, die sowohl ungleichheitstheoretisch als auch sozialpolitisch fundiert ist, zielt darauf ab, auf individueller Ebene multidimensional die Ausstattung von Akteur*innen mit Ressourcen zu untersuchen. Dazu zählen u.a. Einkommen/Geld, Bildung, soziale Ressourcen, Gesundheit und psychische Ressourcen. Je nach Fokus der Betrachtung können unterschiedliche Ressourcen im Vordergrund stehen. Beispielsweise können auch Raum und (die Verfügung über) Zeit als Ressourcen verstanden werden.¹⁸ Bei der Ressource Zeit sind nicht alleine absolute Dauern wichtig, z.B. von Arbeitszeiten, sondern auch Tempo, Planbarkeit, Synchronisierung und Zeitsouveränität (Jorck et al. 2019). Ressourcen können inkorporiert sein, einer Person zugeschrieben sein (z.B. Eigentum) oder in der (weiteren) Umwelt einer Person liegen (Knecht/ Schubert 2020: 314). Während die Betrachtung der erstgenannten Ressourcen einen festen Platz in der Soziologie sozialer Ungleichheit hat, werden Betrachtungen über ungleiche Gesundheit eher im Rahmen eines sozialepidemiologischen Spezialdiskurses (politikfern) angestellt; eine Diskussion ungleicher Ausstattung mit psychischen Ressourcen ist im Rahmen der Ungleichheitssoziologie (wie auch der Psychologie) kaum existent.

In der Ressourcentheorie (IMTM) wird demgegenüber die Verfügung über psychische Ressourcen mit Bezug auf psychologische Ressourcenansätze als wesentlicher Handlungsfaktor beschrieben (ebd.; Schubert/Knecht 2020; Knecht 2016; Schubert 2016; Knecht/Schubert 2012; Schubert/Knecht 2012b; Schubert 2012). Ich beziehe mich damit auf verschiedene psychologische Ressourcentheorien, die seit den 1970er Jahren entstanden sind. So haben Foa und Foa im Rahmen der *Ressourcenaustauschtheorie* den Austausch von Ressourcen, z.B. von Paaren, betrachtet (Foa/Foa 1976; Törnblom/Kazemi 2012). Andere frühe Ansätze, die psychische Ressourcen thematisieren, beschäftigten sich meist mit der Bewältigung von Stress unter psychischen Anforderungen und stellten damit auch Verbindungen zu psycho-sozialen Gesundheitskonzepten her (Lazarus/Folkman 1984; Schubert/Knecht 2015). Auch die Resilienztheorien (z.B. Werner 1977; vgl. auch Rönnau-Böse/Fröhlich-Gildhoff 2020; Schubert 2012) sowie das Salutogenesemodell (Antonovsky 1997) fragen nach Ressourcen als Mittel der Lebensbewältigung. So betrachtet Antonovsky (1997) den Kohärenzsinn als „Scharnier-Ressource“ für die Fähigkeit der Verarbeitung von Stress und für die Herstellung bzw. Bewahrung von psychischer und physischer Gesundheit. Hobfolls Theorie der Ressourcenerhaltung (Hobfoll 1988; 1989) untersucht die Auswirkung belastender, stresserzeugender Lebenssituationen auf die Ressourcenlage von Individuen. In seiner Theorie der

18 Knecht/Schubert 2020; siehe zur Ressource Zeit auch Klammer 2012 und Muckenhuber 2014.

Ressourcenerhaltung stellt er die Perspektive der längerfristigen „Bewirtschaftung“ von Ressourcen in den Vordergrund. Er thematisiert auch materielle Ressourcen, verweist aber auch auf die individuell unterschiedliche Wahrnehmung und kognitive Verarbeitung von Belastungen sowie auf die individuellen Wirksamkeitserfahrungen. Als wesentlich thematisiert er mit seinen Kolleg*innen die Möglichkeit, Stress auf einer gesellschaftlichen Ebene vorzubeugen, u.a. durch gemeinschaftliches (gemeindeorientiertes) Coping, denn die Bedeutung der individuellen Ressourcenausstattung ergibt sich erst durch den gesellschaftlich-kulturellen Kontext (Buchwald/Schwarzer/Hobfoll 2004; Hobfoll/Jackson 1991).

Die Ressourcentheorie (IMTM) stützt sich auch auf das Konzept der Kapitalarten von Bourdieu (1992), der bekanntlich aufzeigt, wie individuelle Akteur*innen neben finanziellem Kapital auch soziales Kapital und Bildungskapital verwenden, um ihren sozialen Status und ihre Privilegien zu schützen bzw. zu sichern. Kapitalarten erzeugen wie Ressourcen Handlungsmöglichkeiten (s.a. Meulemann 2004: 131f.). Mir scheint es für eine adäquate Entwicklung eines ressourcentheoretischen Ansatzes jedoch notwendig, das in den Kapitalien bzw. in den Ressourcen verborgene Handlungspotential in den Vordergrund zu rücken (s.a. Knecht/Schubert 2020), statt die kulturelle Verankerung der Ungleichheit durch den Habitus und „die feinen Unterschiede“ (Bourdieu 1982) und die Bedeutung ihrer strategischen Nutzung für den Erhalt des sozialen Status Quo zu betonen oder auf die dem Kapitalbegriff inhärente Idee der Hortbarkeit und Akkumulation abzu zielen. Die Ressourcentheorie vertieft daher das Argument der Transformierbarkeit der Kapitalarten/Ressourcen, denn eine gute Ausstattung mit Ressourcen führt häufig zur Ausstattung mit weiteren bzw. anderen Ressourcen, was tendenziell zur Stabilität von Ungleichheitsstrukturen führt.

Neben der Bedeutung jeder einzelnen Ressource nimmt die Ressourcentheorie insbesondere die Transformationen von Ressourcenarten in andere Ressourcenarten in den Blick, die auf sehr unterschiedlichen Ungleichheitsmechanismen basieren (Knecht 2012c, 2011). So gehen statistisch gesehen mit höherer Bildung auch ein höheres Einkommen und bessere Gesundheit einher (siehe zu diesen Mechanismen im Rahmen der Ressourcentheorie Knecht 2012c: 53f., 2011: 591). Umgekehrt führt eine schlechte Gesundheit zu geringerem Einkommen (ebd.). Der Zusammenhang von psychischen Ressourcen und Gesundheit wird u.a. im Rahmen des Salutogenese-Ansatzes diskutiert (Knecht 2012c: 58). Der Ansatz des sozialen Copings zeigt wiederum, wie soziale Ressourcen auf die Gesundheit wirken (siehe zur Transformation Knecht/Schubert 2020: 314; Knecht 2012c: 165f., 2011: 591, 2010).

Da Ressourcen und die durch sie eröffneten Handlungsspielräume sozial ungleich verteilt sind, fungiert die Ressourcentheorie als eine *Theorie sozialer Ungleichheit* (Knecht 2010, 2011; Knecht/Schubert 2020) und schließt damit an weitere soziologische Theorien an: Giddens (1995) verwendet in der Struk-

turationstheorie den Ressourcenbegriff und unterscheidet dabei zwischen allokativen Ressourcen, die den Zugang, die Aneignung und die Nutzung von natürlichen Lebensgrundlagen und materiellen Objekten bezeichnen, und autoritativen Ressourcen, die die Kontrolle über andere Akteure beschreiben und damit ein relationales Verhältnis betonen (s.a. Knecht/Schubert 2020: 310). Kreckel verbindet in seiner „politischen Soziologie der sozialen Ungleichheit“ (2004) diese Unterscheidung von Giddens mit der Theorie der Kapitalarten von Bourdieu. Er führt einerseits zwei „Aggregatzustände“ von Ungleichheit an – ungleiche Verteilung von Gütern und asymmetrische Beziehungen (ebd.: 19) – und entwickelt in Auseinandersetzung mit dem Klassenbegriff von Marx und Weber ein System von vier „strategischen Ressourcen“ (ebd., S. 20): *materieller Reichtum, symbolisches Wissen, die Stellung in hierarchischen Organisationen und die Teilhabe bzw. Mitgliedschaft in einer „selektiven Assoziation“*. Nach Kreckel sind die beiden erstgenannten Ressourcen distributiv verteilt, während die beiden letzteren (sie stellen zwei Aspekte von Bourdieus sozialem Kapital dar) zu relationaler Ungleichheit führen, also nicht als ‚mehr‘ oder ‚weniger‘, sondern als ‚oben‘ und ‚unten‘ zu verstehen sind. Therborn (2013) formuliert drei verschiedene Ungleichheiten: Ressourcenungleichheit (Einkommen und Bildung), vitale (gesundheitliche) Ungleichheit sowie eine dritte Art der Ungleichheit, die existentielle Ungleichheit. Letztere behandelt die „unequal allocation of personhood, i.e., of autonomy, dignity, degrees of freedom, and of right to respect and self-development“ (Therborn 2013: 49). Die verschiedenen Autoren zielen mit ihren Konzeptionen auf die Potenzialität von Ressourcen und ihre Bedeutung für die Strukturierung der sozialen Ungleichheit in der Gesellschaft ab. Die Verfügung über diese Ressourcen schafft sozial ungleich verteilte Möglichkeiten. Gleichzeitig machen die Autoren durch ihre Unterscheidungen deutlich, dass neben der Ungleichheit der (absoluten) Ausstattung mit Ressourcen Fragen der (relativen) Hierarchisierung, Machtverteilung und ungleichen Anerkennung nicht aus dem Auge verloren werden dürfen (s.a. Knecht/Schubert 2020).

Die von den verschiedenen Autoren analysierte Ungleichverteilung der Ressourcen bezieht sich einerseits auf jene Ressourcen, über die Individuen direkt verfügen bzw. die sie selbst erzeugt haben (durch Ressourcenausstattung und individuelle Transformation) und andererseits auf jene Ressourcen, die sie durch die Gesellschaft oder durch andere erhalten haben. Daher ist die Ungleichverteilung auch von den sozialpolitischen Strukturen abhängig. So wurde z.B. gezeigt, dass mehrgliedrige, segmentationsstarke Schulsysteme soziale Ungleichheiten nicht nur moderieren, sondern sie auch verstärken und produzieren (siehe z. B. Becker/Lauterbach 2016). Ländervergleiche verdeutlichen, dass Länder, die sich stärker um soziale Gleichheit bemühen – wie z.B. die nordischen Länder –, schwächere Schüler*innen eher fördern, wohingegen jene Länder, die Ungleichheiten in den Schulleistungen hervorheben – z.B. durch die Art der Benotung, durch Selektion bei den Übergängen zu weiter-

führenden Schulen und durch Separierung von „Eliten“ – Ungleichheit verstetigen und verstärken (vgl. z.B. Solga 2014; Allmendinger/Leibfried 2003; siehe zur Diskussion im Rahmen des Ressourcenansatzes: Knecht 2016: 849; Knecht/Schubert 2020: 317). Im ressourcentheoretischen Ansatz versuche ich daher ungleichheitstheoretische und sozialpolitische Fragestellungen konzeptionell so zu fokussieren, dass sichtbar gemacht werden kann, auf welche Weisen es zu den verschiedenen Ressourcenausstattungen kommt. Durch den Mehrebenenansatz wird insbesondere untersucht, wie die verschiedenen Arten von Ressourcen durch Prozesse auf struktureller Ebene (Makro-Ebene) und institutioneller Ebene (Meso-Ebene) zugeteilt werden und wie sie auf individueller Ebene (Mikro-Ebene) entwickelt und verteilt sind.

Somit lassen sich mit Hilfe der hier dargestellten Ressourcentheorie auch Gerechtigkeitsfragen auf neue Weise diskutieren (Knecht 2012b). Im philosophischen Gerechtigkeitsdiskurs werden auch heute noch Gerechtigkeitsfragen im Anschluss an Aristoteles in Kategorien der Tauschgerechtigkeit und der austeilenden Gerechtigkeit diskutiert. Aus Sicht der Ressourcentheorie stellen sich m. E. andere Fragen: Wie steht es um die Bildungsgerechtigkeit, wenn Bildung gerade denen zukommt, die bereits über viele Ressourcen verfügen? Wie steht es um die Gesundheitsgerechtigkeit, wenn Menschen mit niedrigem Einkommen eine um bis zu zehn Jahre kürzere Lebenserwartung haben? Wie steht es um die Gerechtigkeit, wenn das Wohnen in benachteiligten Wohnvierteln mit gesundheitsschädigenden Umweltbelastungen wie erhöhter Feinstaub- und Lärmbelastung oder mit anderen, komplexeren sozial-ökologischen Beeinträchtigungen einhergeht? Wie steht es um die Sozialkapital-Gerechtigkeit, für den Fall, dass das mehrgliedrige Schulwesen seinen Anteil dazu beisteuert, die Gesellschaft aufzuspalten in Menschen mit vielen Chancen und Ressourcen und Menschen mit wenig Chancen und Ressourcen, die kaum noch im Austausch miteinander stehen? Ein Beitrag der Ressourcentheorie zur Gerechtigkeitsphilosophie bzw. Sozialethik könnte also in einer Kritik von Gerechtigkeitstheorien bestehen. So fokussiert die Vorstellung einer gerechten Mindestausstattung von Rawls (1979) stark die Bedeutung monetärer Ressourcen für die Herstellung von Gerechtigkeit. Die Vorstellung Walzers von getrennten Gerechtigkeitsphären (Walzer 1998: 49) muss in Hinblick auf die starken Korrelationen zwischen den verschiedenen Ressourcen neu durchdacht werden (s.a. Knecht 2012b).

2.3 Die Ressourcentheorie als sozialpolitische Theorie

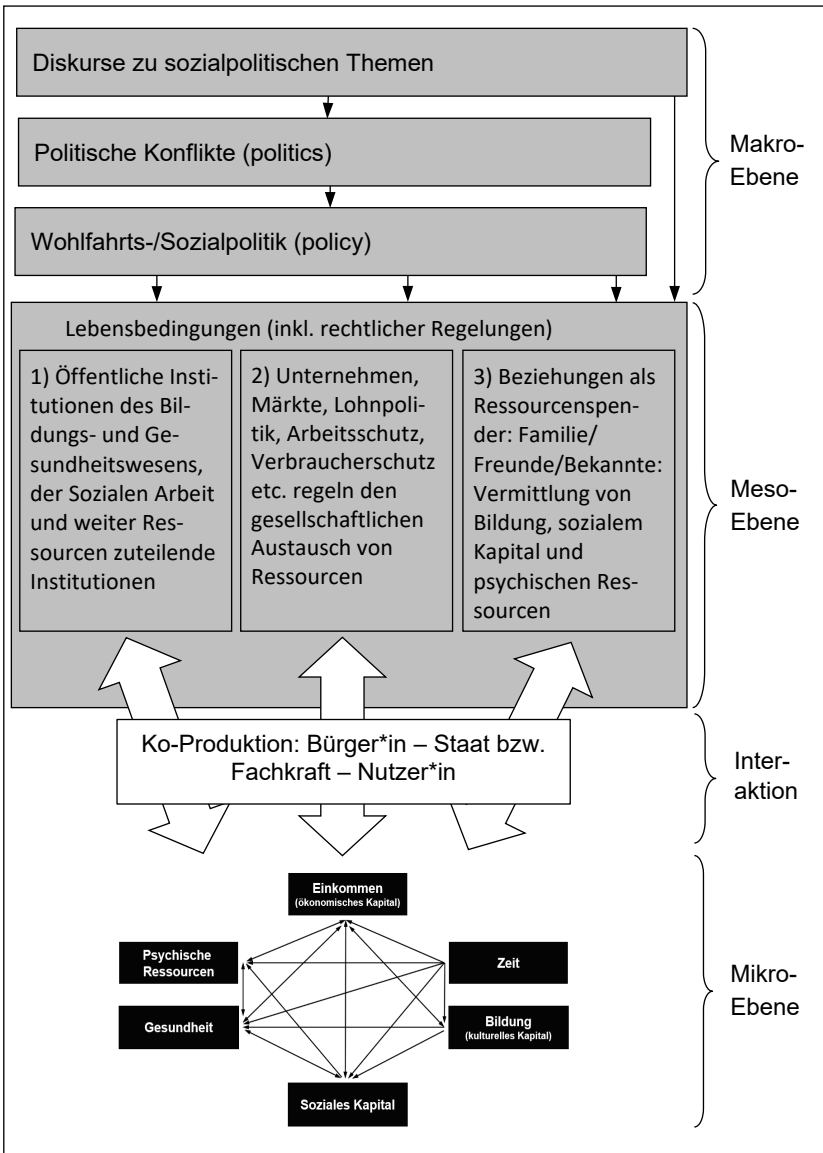
Mit den diskutierten Zusammenhängen verweist die Ressourcentheorie (IMTM) als *sozialpolitische Theorie* auf die (sozial)politischen Prozesse, die das Zustandekommen von Ressourcenverteilung bestimmen (ebd.; Knecht/

Schenk 2023). Im Mehrebenenansatz werden die politischen Prozesse beschrieben, die das Zustandekommen der Verteilung von Ressourcen beeinflussen (siehe zu Mehrebenenmodellen auch: Finis Siegler 2018; Boeckh et al. 2015b; Knecht/Schubert 2020; Knecht 2010). In politischen Prozessen auf der Makro-Ebene (politics) werden z.B. Gerechtigkeits- und Legitimationsvorstellungen durch Gesetze und Erlasse „in Form gegossen“, die die institutionelle Ausgestaltung bzw. die Fortentwicklung von Institutionen bestimmen. Sozialpolitische Maßnahmen werden dann im Rahmen institutioneller Regelungen auf der Meso-Ebene umgesetzt (policy), also z.B. als Dienstleistungserbringung konkretisiert – womit Ressourcen zugeteilt bzw. die Ausstattung mit Ressourcen festgelegt wird. In Abbildung 1 werden allerdings auch andere gesellschaftliche Bereiche angeführt, die bei der Ressourcenverteilung bzw. -zuteilung maßgeblich beteiligt sind, zum einen Märkte bzw. Unternehmen, die z.B. durch das Arbeits(schutz)recht geregelt werden, und zum anderen Familien, die in vielfältiger Weise selbst Ressourcen verteilen, aber auch selbst einer Vielzahl von rechtlichen Regelungen unterliegen (Knecht 2010: 220f.).

Die Ressourcentheorie stellt u.a. wegen des erweiterten Spektrums an berücksichtigten Ressourcen eine Erweiterung der Theorie der Kapitalarten von Bourdieu dar (vgl. Schubert/Knecht 2012b; Knecht 2010) wie auch eine Erweiterung des Capability-Ansatzes von Amartya Sen (Knecht 2012a, 2010), bei dem Einkommen, Bildung und Lebenserwartung (als Indikator für Gesundheit) als Ungleichheits-Indikatoren im Vordergrund stehen. Sens *capabilities* (und *functionings*) beschreiben die möglichen Verwendungen bzw. Transformationen (materieller) Ressourcen in Handlungsspielräume, wobei *functionings* einzelne mögliche Verwendungen beschreiben und *capabilities* Bündel solcher *functionings* sind, die – bildlich gesprochen – erreichbare (Spiel-)Räume bzw. – mathematisch gesprochen – Matrizen darstellen (Knecht 2010, 2012a: 62f.). Individuen können mit den Ressourcen ihr Leben so gestalten, wie sie es für wertvoll halten (Sen 2000: 63; Acconcia et al. 2017: 252). Dagegen stellen die (*external*) *conversion factors* u.a. strukturelle/gesellschaftsabhängige Hintergrundvariablen dar, die die Bedeutung und Verwendung individueller Ressourcen beeinflussen (Knecht 2012a: 67).

Zwar ist der Capability-Ansatz auf einer abstrakten Ebene fruchtbar, da er eine Abkehr von der in der Gerechtigkeitsphilosophie vorherrschenden Diskussion von Umverteilung materieller Güter hin zu der Frage nach den gesellschaftlichen Handlungsbedingungen darstellt sowie den Stellenwert von Bil-

Abb. 1: Das Mehrebenenmodell der Ressourcentheorie



Quellen: Eigene Darstellung auf Grundlage von Knecht 2010: 218.

-dung und Bildungsungleichheit in der Gerechtigkeitsdiskussion betont, jedoch hat sich die Operationalisierung von *functionings*, *capabilities* und *conversion factors* als problematisch erwiesen: Während Sen in verschiedenen Texten einzelne *functionings* und *capabilities* darstellt, erweist sich eine vollständige Beschreibung von Handlungsmöglichkeiten als nahezu unmöglich. Darüber hinaus beschreibt Sen auf einer Makro-Ebene verschiedene Freiheiten bzw. Bedingungen von Freiheiten¹⁹, die allerdings nicht in eine konkrete Beziehung zu den individuellen *capabilities* gesetzt werden (Knecht 2012a, 2012c). Seine Forderung, dass in demokratischen Prozessen festgelegt werden soll, welche *functionings* (und Ressourcen) in gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen betrachtet werden sollen (Sen 2000: 95; vgl. auch Robeyns 2005: 106), ist für die praktische Anwendung wichtig und nachvollziehbar, sie sollte aber für die wissenschaftliche Anwendung kein Denkverbot in dem Sinne darstellen, dass Ansätze, die aus wissenschaftlicher Warte nachvollziehbar sind, aber evtl. gesellschaftlich (noch) nicht diskutiert werden, a priori ausgeschlossen werden (vgl. Knecht 2012a). Wenn die partizipative Einbeziehung der Betroffenen eine sinnvolle Strategie darstellen kann – z.B. auch in der partizipativen Forschung und der Aktionsforschung –, so sollte Sozialforschung auch Fragestellungen z.B. aus der Forschung selbst heraus entwickeln können. Die Ressourcentheorie (IMTM) stellt somit durch 1.) eine interdisziplinäre, multidimensionale Betrachtung von Ressourcen, 2.) eine Fokussierung auf die Transformation von Ressourcen zur Untersuchung ungleichheitsgenerierender und -erhaltender Mechanismen sowie durch 3.) eine Mehrebenen-Betrachtung zur Verbindung von (sozial-)politischen Prozessen und ihren konkreten Auswirkungen eine notwendige Konkretisierung und Weiterentwicklung des Capability-Ansatzes dar (ebd.; Knecht 2012c, 2011).

Aspekte der hier vorgestellten Ressourcentheorie wurden bereits in unterschiedlichen empirischen Zusammenhängen rezipiert und angewandt: Metz (2016) bedient sich des Ressourcenansatzes, um die Folgen von Migration aus Russland in einer soziologischen Analyse zu untersuchen. Finis Siegler (2018) verwendet den Mehrebenenansatz zur Diskussion des Erbringungskontextes der Sozialwirtschaft. Rose (2018) diskutiert damit die Bedeutung des Reproduktionsregimes. Röh (2013: 231f.) verwendet Aspekte der Theorie, insbesondere die Idee der Ressourcentransformation, für die Entwicklung eines Gerechtigkeitsansatzes der Sozialen Arbeit und nimmt damit das Anliegen auf, sozialarbeiterisches Handeln im Rahmen der Ressourcentheorie zu beschreiben (Knecht/Schubert 2012; Schubert/Knecht 2012a).

19 Sen führt die Meinungsfreiheit, ökonomische Freiheiten wie den freien Zugang zu Märkten sowie den Zugang zu Bildung, Gesundheit und sozialer Grundsicherung als „Freiheiten“ an (Knecht 2011: 589, 2010: 53).

2.4 Die Ressourcentheorie in der Sozialen Arbeit

Die hier entwickelte Ressourcentheorie zeigt sich anschlussfähig an die Ressourcenorientierung, die als wesentliches konzeptionelles Leitprinzip der Sozialen Arbeit gilt (siehe Knecht/Schubert 2012). So nimmt Dieter Röh in seinen Ausführungen zum Ressourcenbegriff in der Sozialen Arbeit (2012) drei Theorien in den Blick: die Lebensweltorientierung nach Thiersch (Thiersch/Grünwald/Königter 2012), die emergente Systemtheorie (z.B. Staub-Bernasconi 2018) und die sozialökologische Theorie (Germain/Gitterman 1999). Röh (2012) zeigt auf, dass die Theoretisierung der Sozialen Arbeit bereits in ihrer Geschichte zum einen stark auf die Bedürfnisse der Klient*innen hin orientiert war, was eine Form der Ressourcenorientierung darstelle, und dass eine solche Sichtweise zum anderen einen Kontrapunkt in einer Sozialen Arbeit fände, der es eher um die Anpassung ihres Klientels an gesellschaftliche Vorgaben gehe. Im Konzept der *Lebensweltorientierung* werden in den Handlungssicherheiten, Beziehungen und Routinen der alltäglichen Lebenswelten, aber auch in den antagonistischen Belastungen zentrale Ressourcen für die Lebensführung erkannt (vgl. Thiersch/Grünwald/Königter 2012; Thiersch 2014), jedoch mit der Kritik eines technokratischen „Ressourcenmanagements“ verbunden, ohne dass ein Ressourcenbegriff detailliert ausformuliert wird (vgl. Röh 2012). Staub-Bernasconi konzipiert Soziale Arbeit von sozialen Problemen her und begriffte die „Ressourcenschließung“ als ihre „älteste Arbeitsweise“ (Staub-Bernasconi 2018: 316), die auf Probleme „der körperlichen Ausstattung (Krankheit, Epidemien, Behinderungen, Magersucht wie Fettleibigkeit ...), der sozioökonomischen Ausstattung (Bildungsnöte/Arbeitsleid, die Probleme der ‚arbeitenden Armen‘ ...)“ und „der sozialökologischen Ausstattung (menschenverschleißende Arbeitsplatzverhältnisse, fehlende oder unzumutbare wie unzureichende sozialräumliche Infrastruktur im Bereich Gesundheit, Arbeit, physische und psychische Sicherheit ...)“ (ebd.: 273) reagiert. Staub-Bernasconi verweist auf die zu breite Verwendung des Ressourcenbegriffs, ohne jedoch selbst seine Verwendung einzuschränken (ebd., S. 317). So bleibt der Begriff in ihren Arbeiten schillernd zwischen einer ökonomischen Definition und einem breiteren Verständnis. In der Weiterentwicklung des Ansatzes von Geiser (2015) wird der Ressourcenbegriff stärker an Antonovsky angelehnt.

Die als „Life-Model“ formulierte *sozialökologische Theorie* von Germain/Gitterman (1999) basiert im Wesentlichen auf der Stressforschung von Lazarus/Folkman (1984) und der sozialökologischen Forschung von Bronfenbrenner (1981). Lebensführung wird als sozialökologische Wechselwirkung zwischen Anforderungen und Ressourcen von Individuum und Umwelt verstanden, wobei Anforderungen und Ressourcen in einem komplementären Verhältnis stehen. Lebensführung, Entwicklungsübergänge und Befriedigung von

Bedürfnissen sind somit als fortwährender Bewältigungsprozess zu verstehen, für den der Mensch individuelle und umweltliche Ressourcen benötigt. Auch hier besteht ein breiter Anschluss an psychologische Ressourcentheorien. Allerdings geht in diesem Ansatz „der politische Impetus einer Ressourcenorientierung [...] tendenziell unter“ (Röh 2012: 197). Wendt (2010) führt das sozialökologische Ressourcenkonzept weiter. In seiner öko-sozialen Theorie sind Ressourcen „Vermögen“ oder „Aktiva“, die sowohl vom Individuum wie auch vom Gemeinwesen für das menschliche Wohlergehen eingesetzt und auch gepflegt werden sollten (im Überblick: Schubert 2013). Dies geschieht in der Sozialen Arbeit „sowohl als individuell wirkende Ressourcenarbeit als auch durch überindividuell wirkendes Ressourcenmanagement“ (Röh 2012: 198). Das transaktionale Ressourcenkonzept von Schubert (2016) nimmt diese sozialökologischen Ansätze auf und formuliert sie anhand eines Belastungs-Bewältigungs-Modells der Interdependenz von Lebensführung und Ressourceneinsatz.

Während Ressourcenorientierung eine grundsätzliche Haltung sozialarbeiterischen Handelns beschreibt (Möbius/Friedrich 2010), stellen interventionsbezogene Techniken wie Netzwerkarbeit (Straus 2012), ressourcenorientierte Beratung (Schubert/Rohr/Zwicker-Pelzer 2019) oder Ressourcenaktivierung (Schubert 2021a) Methoden dar, die auf einer komplexen Ressourcenperspektive basieren und verschiedene Ressourcenarten sowie ihre Wechselwirkungen miteinbeziehen.²⁰ Die Ressourcendiagnostik erfasst, welche Ressourcen bei einem Individuum und in seinem sozialen und materiellen/ökonomischen Umfeld vorhanden sind (Schubert 2021b; Glemser/Gahleitner 2012; Buttner/Knecht 2009).

Die Reflektion der vorgestellten Konzepte legt nahe, die verschiedenen Ressourcenansätze disziplinübergreifend zusammenzuführen und die *interdisziplinäre, multidimensionale, transformations- und mehrebenenbezogene Ressourcentheorie* bzw. die *Ressourcentheorie (IMTM)* als Dachkonzept des Ressourcenverständnisses in der Sozialen Arbeit nutzbar zu machen. Die Verwendung des Ressourcenbegriffs und die bereits erfolgte breite Rezeption von verschiedensten Ressourcenkonzepten und Bezügen weisen auch in der Sozialen Arbeit eine hohe Anschlussfähigkeit auf. Allerdings bleiben mancherorts die Bezüge zu den Konzepten wenig transparent und systematisch, teilweise werden sie gar nicht expliziert (vgl. Möbius/Friedrich 2010). Auch der Ressourcenbegriff selbst erscheint uneinheitlich und theoretisch wenig ausgearbeitet. Vor diesem Hintergrund lohnt eine Zusammenführung der verschiedenen Theoriestränge.

Mit einem laborierten Ressourcenkonzept lässt sich auch das Tätigkeitsfeld der Sozialen Arbeit treffend beschreiben. Denn für Probleme, die mit dem

20 Siehe speziell zu Ressourcenausstattung bei und Ressourcenarbeit mit Jugendlichen: Eberhard 2012; Sabatella/Wyl 2018; Dommermuth 2008; Düggeli 2009 und Drilling 2004.

Einbruch oder Verlust von einzelnen, zumeist individuellen Ressourcen gekoppelt sind, stehen meist Hilfen von spezialisierten Berufsgruppen wie Ärzt*innen, Psychotherapeut*innen, Lehrer*innen oder Steuerberater*innen zur Verfügung, während die Zuständigkeit bei multidimensionalen Problemen, also dann, wenn Ressourcen aus mehreren relevanten Dimensionen betroffen sind, häufig bei der Sozialen Arbeit gesehen wird (Schubert/Knecht 2012a: 10; Knecht 2012b: 85; Knecht/Schubert 2020: 316). Soziale Arbeit ist v.a. dann gefragt, wenn die sozialpolitische Verteilung bzw. Zuteilung von Ressourcen nicht alleine durch Geldleistungen, sondern face-to-face als psychosozialer Prozess erbracht wird (Knecht 2012b: 85). Insofern ergibt sich ein interdisziplinärer und multidimensionaler Ressourcenbezug der Sozialen Arbeit.

Die Berücksichtigung der Transformabilität bedeutet für die Soziale Arbeit, dass das ganze Spektrum von Ressourcen inklusive ihrer Wechselwirkungen in den Blick genommen werden muss (Knecht/Schubert 2020: 316). Eine sozialarbeiterische Beratung von Arbeitslosen darf zum Beispiel nicht darauf verzichten, neben den materiellen und sozialen Problematiken auch die psychischen Probleme der Betroffenen einzubeziehen (vgl. Knecht 2016; Klevenow/Knecht 2013). Wenn ressourcenorientiertes Arbeiten gelingt, wird die Entfaltung und Wechselwirkung von personellen, externen sowie ökonomischen Ressourcen nachhaltig in Gang gebracht (Knecht/Schubert 2020: 316). Ressourcen entstehen dabei häufig erst in der Interaktion: So kann ein stabiles Vertrauens- und Anerkennungsverhältnis eine notwendige Basis für den Aufbau von Selbstwirksamkeit und Motivation bei Klient*innen darstellen. In einem Assessment oder Profiling am Beginn eines Beratungsprozesses kann daher eine Ressourcenlage nur vorläufig festgelegt werden (ebd.). Die Berücksichtigung mehrerer Ebenen bedeutet für Analysen im Bereich der Sozialen Arbeit auch, zu fragen, wo strukturelle Ausgrenzung von Ressourcen, Ressourcennutzung und Ressourcentransfers stattfindet. Durch die Betrachtung von Ressourcen können Ungleichheit und Hierarchisierung in den Blick genommen werden: Dabei müssen neben materieller Armut z.B. auch problematische Anerkennungsverhältnisse und ihre Auswirkungen auf die psychischen Ressourcen (Fabris et al. 2018) berücksichtigt werden. Persönliche Problemlagen und unzureichend gelingende Lebensgestaltung dürfen nicht alleine als Auswirkung persönlicher Defizite oder als abweichendes Verhalten der Person verstanden werden (s.a. Acconcia et al. 2017: 252; Schubert 2016). Bezüglich Interventionen bedeutet die Berücksichtigung mehrerer Ebenen, die Bedeutung von Prozessen auf der politischen Ebene für die Klient*innen zu verstehen und gegebenenfalls auch auf dieser Ebene zu intervenieren. Konzepte wie das politische Empowerment (Herriger 2014), das Tripel-Mandat (Staub-Bernasconi 2018), die Diskussionen weiterer Mandate der Sozialen Arbeit (z. B. Röh 2013) und die insbesondere in Deutschland verstärkte Rezeption von Konzepten wie Policy Practice (s.a. Burzlaff/Eifler 2018; Rieger 2016) perpetuieren den politischen Anspruch, den die Soziale Arbeit immer schon begleitet, näm-

lich die sozialen Verhältnisse und sozialpolitischen Gegebenheiten, die mitverantwortlich sind für die Probleme ihrer Klient*innen, verbessern zu wollen. Diese Arbeit bedarf jedoch nicht nur Sozialarbeiter*innen, die sich der Bedeutung der Rahmenbedingungen des Lebens ihrer Klient*innen und ihres eigenen beruflichen Handelns bewusst sind (Staub-Bernasconi 2018), sondern auch entsprechender Organisationen, die solche Ansätze realisieren. Insofern kann auch – in Anlehnung an die *resource dependence theory* (z. B. Neumayr 2012) – nach den Ressourcen von (sozialen) Institutionen gefragt werden. Die Frage nach der Durchsetzbarkeit „schwacher Interessen“ verweist auch auf die Bedeutung von Machtprozessen und entsprechende Machtressourcen (Ostheim/Schmidt 2007). Das hier vorgelegte Ressourcenkonzept bildet dabei auch eine Brücke zwischen sozialarbeiterischen Ressourcenkonzepten und Machtressourcentheorien der Interessensdurchsetzung (Knecht/Schubert 2020).

2.5 Leitbild-geleitete Analysen von Diskursen und Institutionen als Verteilungsmechanismen

Es wurde gezeigt, wie die Lebenssituation von Individuen unter Verwendung eines elaborierten Ressourcenkonzeptes, der Ressourcentheorie (IMTM), beschrieben bzw. bewertet werden kann. Die Ressourcenausstattung eines Individuums ist abhängig von der Zuteilung von Ressourcen durch die Personen und Organisationen in der Umwelt, die mittels verschiedener Arten und Formen der Mensch-Umwelt-Interaktionen erfolgt. Von politischer Bedeutung ist die Frage, wie in politischen Prozessen die Verteilung, Umverteilung und Zuteilung von Ressourcen geschieht. Im Rahmen des Mehrebenenmodells betrachtet die hier entwickelte Ressourcentheorie an dieser Stelle zum einen verteilungsrelevante (sozialpolitische) Diskurse; zum anderen untersucht sie die konkreten Institutionen und Mechanismen der Ver- und Zuteilung (Knecht 2010: Kap. 3 und 4). Diskurse und Institutionen sind dabei nicht als zwei verschiedene Wirklichkeiten zu verstehen, sondern verschiedene Teile der sozialen Realität, die in unterschiedlichen Analysestrategien in den Blick genommen werden können (Reckwitz 2016; Opielka 2005b).

Mit Bezug auf Foucault wird unter Diskurs nicht die sprachliche Abbildung von Wirklichkeit verstanden, sondern auf die eigene Wirklichkeit von Sprache und sprachliche Darstellung abgestellt (Hajer 2008: 212; Knecht 2010: 157). „Es entsteht eine dialektische Beziehung zwischen Diskursen und der ihren Kontext bildenden Sozialstruktur: Beide wirken wechselseitig als Bedingungen und Effekte. Diskurse konstituieren Welt – und sie werden umgekehrt auch konstituiert; sie (re-)produzieren und transformieren Gesellschaft; sie leisten die Konstruktion sozialer Identitäten, die Herstellung sozialer Beziehungen zwischen Personen und die Konstruktion von Wissens- und Glau-

benzsystemen“ (Keller 2004: 28; s.a. Diaz-Bone 2018). Diskurse bergen grundlegende Vorstellungen der Welt in sich. Etablierte Diskurse stellen Wissens-Ordnungen (Keller 2006: 126) dar, die nur schwer zu hinterfragen sind.

Im Rahmen der Ressourcentheorie wird die Frage fokussiert, welche Bedeutung Diskurse bei der Verteilung von Ressourcen haben. Dabei kann analytisch nach Ebenen unterschiedenen werden. In Diskursen der Makro-Ebene, wie beispielsweise den Thematisierungen der Massenmedien und den parlamentarischen Debatten, finden grundsätzliche Weichenstellungen statt, durch die die sozialpolitische Verteilung mitbestimmt wird (Knecht 2010: 161). Untersuchungen zu den Diskursen der Makro-Ebene beschäftigen sich beispielsweise auch mit Einstellungen politischer Eliten, mit Organisationskulturen oder mit sozialpolitischer Implementationsforschung (vgl. unten Kap. 3.2). Auf der Meso-Ebene werden z.B. beschlossene Gesetze, Verordnungen, Erlässe etc. – sie alle sind in der Form der Sprache gefasst! – umgesetzt, wobei die Organisationen über Handlungsspielräume („discretion“ der street-level bureaucracy; Lipksy 1980) verfügen. Die wissenschaftlichen und berufspolitischen Fachdiskurse, die von den Fachkräften rezipiert und teilweise produziert werden, sind wesentlicher Teil der Diskurse der Meso-Ebene (vgl. unten Kap. 3.3). Die Meso-Ebene wirkt durch die Definition und Beschreibung von Problemen auch auf die Makro-Ebene. Auf der Mikro-Ebene spielen Diskurse z.B. in der Kommunikation zwischen Klient*innen und Angestellten in sozialen Einrichtungen bzw. auf Ämtern eine Rolle. Hier kann gefragt werden, welche Vorstellungen Fachkräfte von den Lebensrealitäten der Klient*innen haben oder auch, wie die Betroffenen sich wahrgenommen fühlen (vgl. unten Kap. 3.4).

Für die Entwicklung einer Ressourcentheorie, die sozialpolitische Prozesse in den Blick nimmt, ist die Rekonstruktion von Diskursen wichtig, weil über die (sozialpolitischen) Diskurse nicht nur bestimmt wird, welche Ressourcen wem zustehen und wie sie verteilt werden sollen, sondern weil Diskurse auch festlegen, welche Ressourcen welche Wichtigkeit haben und welche Aspekte von Ressourcen als besonders wichtig erscheinen. So hat sich beispielsweise die Bedeutung von Bildung in den letzten 20 Jahren stark gewandelt. Studien wie die PISA-Studie können als Indikator dafür gesehen werden, dass Bildung und Bildungspolitik zunehmend als Teil von Sozialpolitik gesehen werden (Opielka 2005a; Finkeldey 2007). Ungleiche Bildung wird als zentraler Mechanismus der Reproduktion sozialer Ungleichheit gesehen und gleiche Bildungschancen als Weg, die zunehmende Einkommens- und Vermögensungleichheit einzudämmen. Daher werden Sozialpolitik und Bildungsaktivitäten zunehmend auf die Entwicklung von Fähigkeiten und Kompetenzen der frühen Kindheit ausgerichtet, um die künftigen Beschäftigungsperspektiven zu verbessern und die nachhaltige Integration junger Menschen in die Erwerbstätigkeit zu sichern (Atzmüller/Décieux/Knecht 2019: 108). Im Rahmen dieses Wandels ändert sich auch das Verständnis von Bildung, denn die Aktivitäten

sind geprägt von den Konzepten der Kompetenzbildung, Beschäftigungsfähigkeit und Humankapitalbildung, die als Mittel gesehen werden, um Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit mit sozialer Integration in Einklang zu bringen (ebd.).

Abb. 2: Übersicht über Leitbilder

Erscheinungsform		Mentale Leitbilder (Vorstellungsmuster)	Manifeste Leitbilder (verbalisiert)
Handlungswirksamkeit			
Propagierete Leitbilder (erstrebenswert, potentiell)	selbst-tragen	Ideen mit Leitbild-Potenzial (z.B. Politics-/Diskurs-analyse zu gewollter Politik)	Explizite Leitbilder (z.B. Parteiprogramme)
	fremd-gesetzt	oktroiierte Leitbilder	
Praktizierte Leitbilder (verinnerlicht, handlungs-leitend)		Implizite Leitbilder (z.B. Policy-Analyse zu realisierter Politik)	Explizierte Leitbilder (z.B. Policy-Analyse der durch die Gesetzgebung formulierten Politik)

Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von Giesel 2007: 39.

Im Rahmen der vorliegenden Schrift werden die in den (sozial)politischen Diskursen relevanten Ansätze wie z.B. Sozialinvestitionsansatz, Aktivierungspolitik und Neoliberalismus als Leitbilder in den Blick genommen und im Rahmen einer ressourcentheoretischen Zuteilungspolitik analysiert. Leitbilder stellen Typen von Einstellungen, Werthaltungen und damit verbundenen politischen Maßnahmen dar (Giesel 2007). Sie fokussieren bestimmte Gerechtigkeitsprinzipien (wie Verteilungs-, Bedarfs-, Leistungsgerechtigkeit, produktivistische Gerechtigkeit, ausschließende Gerechtigkeit (Ebert 2015) und begründen Positionierungen zu sozialpolitischen Bereichen bzw. Leitbild-Themen (Familialismus, Umfang von Fürsorge und Versicherungsleistungen, Gleichstellungspolitik, Treffsicherheit, Aktivierung, Verpflichtung, Konditionalisierung (Junktimierung), Diskriminierung, Partizipation, Ökonomisierung, Dualisierung/Hierarchisierung, Privatisierung) (vgl. Boeckh et al. 2015a). Leitbilder können verschiedene Aspekte von politischen Prozessen darstellen. So können mentale Leitbilder (als Vorstellungsmuster) von manifesten (verbalisierten) Leitbildern unterschieden werden wie auch abstrakte, propagierte und ideen-dominierte Leitbilder von praktizierten Leitbildern (siehe Abb. 2.).

Policy-Analysen verwenden Leitbilder häufig, um praktizierte Politiken zu typisieren. So teilen verschiedene Autor*innen sozialpolitische Ansätze in

unterschiedliche Leitbilder auf. Beispielsweise unterteilen Morel et al. (2012) sowie Leibetseder (2016) die Politikansätze in „keynesianische Sozialpolitik“, „neoliberale Sozialpolitik“ und „Sozialinvestition“. Boeck et al. (2015a) unterscheiden wirtschaftsliberale, kompensatorische und aktivierende Sozialstaaten; Laruffa (2018) unterscheidet neoliberale Sozialpolitik von dem Sozialinvestitionsansatz und dem Capability Approach. Begriffe wie Neoliberalismus werden allerdings auch in der Politik selbst verwendet. Deshalb muss beachtet werden, dass wissenschaftlich rekonstruierte Leitbilder zwar in einer Beziehung zu den Leitbildern der politischen Diskurse stehen, aber nicht deckungsgleich sind (siehe Abb. 2). Der Blick auf die Differenz zwischen diskursiv verbreiteten Leitbildern (z.B. in Wahlprogrammen und öffentlichen Stellungnahmen) und den aus der Beobachtung der politischen Praxis rekonstruierten Leitbildern kann dabei auf typische Umsetzungsmuster und -probleme hinweisen wie auch auf aktiv oder offensiv verwendete Strategien der Verschleierung.

Gegenüber einer Klassifizierung mit Hilfe von Wohlfahrtsregimen sind Analysen von Leitbildern stärker auf die politischen Diskurse bzw. die Beziehungen von politischen Diskursen zu institutionellen Änderungen gerichtet. Damit eignen sie sich besser für die Beobachtung und Erklärung kurzfristiger Veränderungen. Im Folgenden werden vier zentrale wissenschaftliche Leitbilder aktueller Politikanalysen vorgestellt: (1) Neoliberalismus, (2) *social investment*, (3) der *Capability Approach* (CA) und (4) das *rechtspopulistische/extrem rechte sozialpolitische Leitbild* als zentrale wissenschaftliche Leitbilder aktueller Politikanalysen kurz vorgestellt. Die verschiedenen Leitbilder stellen unterschiedliche Ressourcen in den Vordergrund ihrer Betrachtungen und fokussieren unterschiedliche Mechanismen der Zuteilung von Ressourcen.

(1) *Neoliberalismus*. Der Begriff Neoliberalismus steht für eine „seit den 30er Jahren entstandene Lehre, die den Markt als Regulierungsmechanismus gesellschaftlicher Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse verabsolutiert“ (Butterwegge/Lösch/Ptak 2008: 9). In der Politikforschung spielen der Begriff und das Konzept des Neoliberalismus allerdings erst seit Mitte der 90er Jahre eine größere Rolle. Auch in der Forschung gibt es nicht den einen neoliberalen Ansatz, sondern eine Vielzahl von Denker*innen, deren Ideen und Haltungen sich überlappen. Dabei ist die Politik des Neoliberalismus durch Liberalisierung von markteinhegenden Regelungen, Privatisierung, Globalisierung der Märkte, BWL-isierung der Verwaltung und Kritik an sozialstaatlicher Sicherung gekennzeichnet. Anders als die „alten“ liberalen Politiken des 19. Jahrhunderts besteht „neo“-liberale Politik nicht in einem Rückzug vom Markt und in einem Abbau von Staatlichkeit, sondern darin, dass die Marktlogik auf alle Sphären der Gesellschaft ausgedehnt wird und den Rahmen für das Handeln der Menschen darstellen soll (siehe dazu Fischer 2020: 380; s.a. Foucault 2004; Hammerschmidt 2014). Dementsprechend hatten, wie oben bereits erwähnt, neoliberale Reformprojekte, wie z.B. in Großbritannien unter Margaret That-

cher oder in Deutschland unter Gerhard Schröder (Hartz IV), nicht so sehr einen Rückbau des Sozialstaates, sondern eher eine Veränderung der Lohnverhältnisse und die Re-Kommodifizierung von Arbeitskraft durch eine weitreichende „neosoziale“ (siehe oben) Transformation der Individuen und ihrer Arbeitsfähigkeit im Blick (Atzmüller 2014; Jessop 2018; Bröckling 2007).

Aus ressourcentheoretischer Perspektive ist die Engführung des neoliberalen Menschenbildes auf den vermeintlich berechnenden und eigennütigen Charakter des Menschen – im Sinne des „homo oeconomicus“ – zentral (Ptak 2008). Gemäß dieser Vorstellung lässt sich der Mensch vor allem durch finanzielle Anreizmechanismen steuern. Daher stehen die Verteilungsmechanismen von materiellen Ressourcen (und insbesondere die Ausgestaltung finanzieller Anreize) im Vordergrund neoliberaler Politik. In Selbstbeschreibungen des Neoliberalismus steht die angebliche Effizienz von finanziellen Anreizmechanismen, die in immer mehr markt-gleich organisierten, gesellschaftlichen Teilbereichen eingesetzt sollen und damit Effizienzproblematiken jeglicher Art lösen würden, im Vordergrund. Wie bereits erwähnt, wird dem Markt dabei eine quasi-pädagogische Funktion zugesprochen. Daher werden Menschen, von denen angenommen wird, dass sie sich nicht ausreichend vom Markt steuern lassen, aktiviert und diszipliniert. So wird Arbeitslosen – unter der Annahme, dass es ausreichend Arbeitsplätze geben müsse, seien die Löhne nur flexibel genug – eine zu hohe Anspruchshaltung und Untätigkeit vorgeworfen.

Maßnahmen wie Kürzungen von Transferleistungen, ein verschärftes Sanktionsregime und eine am work-first-Prinzip orientierte aktivierende Arbeitsvermittlung zielen darauf ab, die Arbeitsmoral der Arbeitslosen zu sichern und sie besser in die flexiblen und prekären Segmente der Arbeitsmärkte zu (re)integrieren (Atzmüller/Décieux/Knecht 2019: 111; Stelzer-Orthofer/Weidenholzer 2011). Gerade in der europäischen Variante des Neoliberalismus werden insbesondere die Arbeitnehmer*innen in erhöhtem Maße Märkten oder Quasi-Märkten ausgesetzt („Kommodifizierung“), während Unternehmen durch positive Anreize wie Subventionen Standortvorteile gewährt werden.

Eine ressourcentheoretische Sichtweise auf den Neoliberalismus thematisiert auch die distributiven Folgen neoliberaler/neosozialer Politiken sowie die psychischen Belastungen und Auswirkungen auf die psychischen Ressourcen. So müssen z.B. auch die gesellschaftlichen und emotionalen Folgen der Vermarktlichung der Gesellschaft und der als Aktivierung verstandenen Droh- und Sanktionsmaßnahmen einer neoliberalen Politik im Blick behalten werden und es muss gefragt werden, ob sie – umfassend betrachtet – nicht selbst zu suboptimalen Ergebnissen (selbst im Sinne neoliberaler Ziele) führen.

(2) *Das Sozialinvestitionskonzept* („social investment“) wurde in Reaktion auf die Etablierung des neoliberalen Denkens und seine Durchdringung der politischen und öffentlichen Diskurse zuerst durch die britannische Labour-Partei und dann durch andere v.a. sozialdemokratische Parteien in Europa propagiert; zentral war dabei Giddens Werk „The Third Way“ (dt. „Der dritte

Weg“; Giddens 2000). Das Konzept fand schnell seinen Weg ins restliche Europa (Leibetseder 2016), unter anderem durch das im Juni 1999 von den beiden Kanzlern Tony Blair und Gerhard Schröder veröffentlichte Grundlagenpapier, das sogenannte Schröder-Blair-Paper (Schröder/Blair 1999). Sozialinvestitionspolitiken (Kohlrusch 2014; Solga 2012) zielen darauf ab, Sozialpolitik effektiver zu gestalten: durch Maßnahmen wie die Verbesserung des „Humankapitals“ mittels Ausbildung und Qualifizierung, durch die Förderung von Forschung und Entwicklung wie auch durch den Ausbau der Kinderbetreuung (Esping-Andersen et al. 2002; Hemerijck 2013; s.a. Knecht 2011). Vertreter*innen des Sozialinvestitionskonzepts behaupten, (angenommene) ökonomische Erfordernisse (z.B. Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit) und soziale Bedürfnisse miteinander versöhnen zu können, sodass sie sich wechselseitig fördern. Der Ausbau der Kinderbetreuung soll auch, aber nicht nur, die Möglichkeiten von Frauen verbessern, am Erwerbsleben teilzunehmen. Die Maßnahmen werden allerdings insbesondere damit begründet, dass Kinder und Jugendliche aus sogenannten bildungs- und arbeitsmarktfernen Familien schon möglichst früh (Stichwort „Früh-Förderstaat“ (Knecht 2011)), aber auch über die gesamte Kindheit und Jugend hinweg (Knecht 2012c) gefördert werden sollen, da dies das beste Mittel sei, spätere Arbeitslosigkeit, Armut und Kriminalität zu vermeiden (Esping-Andersen 2008).

Tatsächlich setzte sich auch in Österreich zuletzt eine Politik durch, in der Ansprüche gekürzt und Transferzahlungen an Gegenleistungen von Erwerbslosen gekoppelt werden, um deren angeblich niedrige Bereitschaft zur Teilnahme am Erwerbsleben zu erhöhen (Atzmüller 2014; Atzmüller/Krenn/Papouschek 2012; Atzmüller 2009). Kritische Untersuchungen dieser Entwicklungen verweisen vor allem auf die repressiven Tendenzen aktivierender Transformationen und Rekonfigurationen der Sozialpolitik (Gray 2004; Wyss 2010) identifizieren diese als eine Voraussetzung weitreichender Rekommodifizierungsprozesse der Ware Arbeitskraft durch Flexibilisierung und Prekariisierung (Scherschel/Streckeisen/Krenn 2012; Pelizzari 2009), die mit Veränderungen der Regierung der Subjekte (Lessenich 2012; Bröckling/Krasmann/Lemke 2000) verbunden sind.

Aus ressourcentheoretischer Perspektive lässt sich die Sozialinvestitionspolitik als eine Politik verstehen, die insbesondere auf die Ressource Bildung fokussiert. Allerdings wird Bildung dabei auf ihre funktionale Bedeutung für die Einkommenserzielung („Beschäftigungsfähigkeit“ bzw. „employability“ (Kraus 2007)) reduziert. Was die Verteilung von Ressourcen und die Muster der Ungleichheit betrifft, werden mit dem Sozialinvestitionskonzept häufig Hoffnungen auf eine Verbesserung der Chancengleichheit durch höhere Bildungsbeteiligung verbunden – der Logik des Investitionskalküls entspricht allerdings eine Konzentration auf lohnende Investitionen. Es kann dabei zu einer stärkeren Fokussierung auf meritokratische Logiken zur Legitimierung von Ungleichheit und zu selektiven Zugängen zu unterschiedlichen Bildungs-

gängen kommen (Müller 2015; Solga 2005). Gemäß dieser Logik ist allen Individuen der Zugang zu Bildungsaktivitäten (formal) zu ermöglichen, gleichzeitig bleibt dieser selektiv und wird im Kontext verstärkter Humankapitalorientierung vor allem auf Marktgängigkeit ausgerichtet (Atzmüller/Knecht 2017a). Sozialinvestive Aktivitäten werden dann vor allem auf jene Personengruppen ausgerichtet, die sich im Sinne der meritokratischen Logik bewähren und denen es gelingt, sich in mehr oder weniger stabile Lebens- und Erwerbsverläufe zu integrieren; anderen Gruppen wird gegebenenfalls auch die Unterstützung verwehrt (vgl. Büschken 2017). Insbesondere laufen die Empfänger*innen sogenannter „unproduktiver Maßnahmen“ (z.B. Pensionszahlungen, Altenpflege) Gefahr, mit gekürzten Leistungen zurechtkommen zu müssen.

Obwohl das Leitbild des Sozialinvestitionsstaats immer wieder als Alternative zu neoliberaler Politik präsentiert wurde, zeigen sich dennoch Überschneidungen der beiden Leitbilder (vgl. Hemerijck 2013; Morel/Palier/Palme 2012; kritisch: Cantillon 2011). Insbesondere zeigte sich, dass auch das Sozialinvestitionskonzept durch aktivierende Maßnahmen geprägt ist (Atzmüller/Knecht 2017a; Peck 2001). Gerade in Deutschland wurde der Umbau des Sozialstaates – zumindest vordergründig – unter dem Slogan „fordern und fördern“ vorangetrieben, der inhaltlich übersetzt werden kann als „Aktivierungspolitik im Rahmen eines Sozialinvestitionsansatzes“.

Analysen dieser Entwicklungen betonen, dass sich hierbei Vorstellungen individueller Eigenverantwortung, die am besten durch die Verfolgung der eigenen Interessen auf den (Arbeits-)Märkten zu verwirklichen sei, mit Vorstellungen verknüpfen, nach denen das Arbeitsvermögen der Individuen ein Humankapital darstelle, dessen permanente Veränderung und Anpassung zur moralischen Anforderung im Kontext eigenverantwortlicher Subjektivität mutiert. Diese auf erwachsene, „reife“ Individuen fokussierte Subjektkonzeption ist von bestimmten Rationalitätserwartungen geprägt, die sich an Vorstellungen des „unternehmerischen Selbst“ (Bröckling 2007; Rose 2000) orientieren, das quasi als aktualisierte Version des individuellen Nutzenmaximierers (Foucault 2004) eigenverantwortlich und frei am Markt zu agieren fähig sein soll (vgl. Atzmüller/Knecht 2017a).

(3) Als drittes zentrales Leitbild kann der *Capability Approach (CA)* gelten, der auf den Philosophen Amartya Sen und die Philosophin Martha Nussbaum zurückgeht. Er wurde oben bereits als Ausgangsbasis des Ressourcenansatzes diskutiert; er kann allerdings auch als ein aus der Theorie entwickeltes sozialpolitisches Leitbild betrachtet werden, auf das sich häufig im wissenschaftlichen Diskurs der Erziehungswissenschaften, Sozialpädagogik und Sozialarbeit bezogen wird (siehe Fn. 22). Mit Capabilities werden Mengen von Handlungsspielräumen bezeichnet, die Menschen zur Verfügung stehen (im Überblick: Knecht 2010: Kap. 2.2, 2012a). Das Ausmaß von Handlungsspielräumen wird als gleichermaßen abhängig von individuellen Merkmalen (z.B. Fähigkeiten und Kompetenzen, körperliche und monetäre Ausstattung) wie

auch von gesellschaftlichen Umständen beschrieben (Knecht 2011; Kuklys 2005: 11). Mit Bezug auf entwicklungspolitische Überlegungen diskutiert Sen politische und ökonomische Freiheiten, „soziale Chancen“, wie sie das Bildungs- und Gesundheitswesen bereitstellt, eine weitergehende Grundsicherung u.a. durch Sozialversicherungen sowie Schutz vor Willkür und Korruption.²¹ Obwohl hiermit Elemente der Sozialpolitik als wesentlich für die individuellen Handlungsspielräume dargestellt werden, werden politische Maßnahmen zu ihrer Herstellung innerhalb des ursprünglichen Ansatzes von Sen und Nussbaum nicht ausreichend detailliert und konkret diskutiert. Während Martha Nussbaum eine Liste von wünschenswerten Grundfreiheiten vorlegte (Nussbaum 1999: 57), von denen allerdings nicht alle gesellschaftspolitisch zugänglich sind, wies Sen darauf hin, dass die Frage, auf welche Weise welche Capabilities durch die Gesellschaft verbessert werden sollen, innerhalb von demokratischen Prozessen beantwortet werden soll (Sen 2000). Bereits in der Entstehungsphase des CA zeigte Sen auf, dass Gerechtigkeitsphilosophien auf die Grundlage ihrer „Informationsbasis von Gerechtigkeitsurteilen“ (engl: informational basis of judgement of justice = IBJJ) zu befragen seien (Sen 1990; s.a. Knecht/Kuchler/Atzmüller 2014; Atzmüller/Knecht 2017a; Sen 2000; Otto et al. 2017). Je nachdem, welcher Aspekt in den Vordergrund gerückt wird (wie z.B. Chancengleichheit, Verteilung, Capabilities, Nutzen, Ressourcen, Befriedigung von Grundbedürfnissen, subjektive Zufriedenheit, Verteilungsergebnisse) kommen Gerechtigkeitsurteile zu verschiedenen Ergebnissen.

Bevor der CA in den Erziehungswissenschaften und der sozialpädagogischen Forschung rezipiert und weiterentwickelt wurde²², diente er als gerechtigkeitsphilosophischer und entwicklungspolitischer Ansatz (Robeyns 2005). Der CA öffnete durch seine Thematisierung der Bedeutung öffentlicher Institutionen für die Befähigung der Individuen (Sen, 1999) die sozialpolitische und gerechtigkeitsphilosophische Diskussion für die Frage, welche Bedeutung Politikgestaltung und Jugendpolitik für die konkreten Chancen jedes einzelnen jungen Menschen haben (s.a. Knecht/Kuchler/Atzmüller 2014). Gerade beim Übergang ins Erwachsenen- bzw. Berufsleben äußern sich die Ungleichheiten zwischen den jungen Menschen in einer Limitierung von Bildungsmöglichkeiten, z.B. wegen fehlender Mittel und Angebote oder Diskriminierung (siehe unten). Soziale Krisen reduzieren die Auswahlmöglichkeiten und Chancen von benachteiligten Jugendlichen noch weiter (Sting 2011: 40). Dieser Zusammenhang lässt sich im Rahmen des Sen'schen Fähigkeitsansatzes gut darstellen (siehe z. B. Knecht 2014; Knecht/Kuchler/Atzmüller 2014). Darüber hinaus bietet der CA auch Anknüpfungspunkte zur Bedeutung von Demokratie, Parti-

21 Im Original: Sen 2000: 52f.; im Überblick und der Diskussion: Knecht 2010: 53f.

22 Zur Entwicklung des Verhältnisses des CA zu den Erziehungswissenschaften: Walker 2005; Otto/Schrödter 2007; Otto/Ziegler 2010a; Otto/Ziegler 2010b; Röh 2013; Clark/Ziegler 2016; Otto et al. 2017; Okkolin et al. 2018; Otto/Walker/Ziegler 2018.

zipation und Mitbestimmung, Empowerment (s.a. Knecht 2014) und Autonomie (vgl. Bothfeld 2017; Betzelt/Bothfeld 2014).²³

(4) Das vierte Leitbild stellt das rechtspopulistische/extrem rechte Leitbild einer *ausgrenzungsorientierten Sozialpolitik* dar. Viele der europäischen rechtspopulistischen/extrem rechten Parteien vertraten ursprünglich autoritär-neoliberale Positionen (Hall 1986; Bruff 2013) und so lassen sich auch die aktuellen Politiken und Projekte einiger rechter Regierungen, z.B. in Ungarn, Polen, Tschechien oder Slowenien, kategorisieren (Atzmüller 2022, Lendvai-Bainton/Szelewa 2020; Stubbs/Lendvai-Bainton 2020). Verschiedene Untersuchungen (Röth/Afonso/Spies 2018; Lefkofridi/Michel 2017) konnten zwar zeigen, dass Regierungen mit autoritär-populistischer Beteiligung (oder Duldung) extrem Rechter das Ausgabenniveau für Sozialpolitik nicht oder kaum reduziert haben, jedoch hat sich die Qualität der sozialpolitischen Maßnahmen geändert. Seit Mitte der 1990er Jahre haben nämlich verschiedene autoritär-populistische und extrem rechte Parteien begonnen, eigenständige sozialpolitische Vorstellungen zur Erweiterung ihrer Wähler*innenbasis zu entwickeln (Swank/Betz 2019), die es rechtfertigen, von einem eigenen rechtspopulistischen/extrem-rechten sozialpolitischen Leitbild zu sprechen. Die sozialpolitischen Programmatiken werden in den sozialwissenschaftlichen Debatten häufig als Wohlfahrtschauvinismus bezeichnet (Ennser-Jedenastik 2018a, 2016; Keskinen 2016). Darunter werden Politiken verstanden, die auf der Überzeugung basieren, dass wohlfahrtsstaatliche Leistungen in erster Linie auf die Gruppe der „Einheimischen“ gerichtet sein sollen, die durch Staatsbürgerschaft, Ethnizität, Rasse oder Religion definiert wird. Im Gegensatz dazu sollten die Mitglieder der nicht-einheimischen Out-Group, wenn überhaupt, nur

23 Aus ressourcentheoretischer Sichtweise hat der Capability-Ansatz auch einige Schwachpunkte: Dass Capabilities gleichzeitig „Doings und Beings“ beschreiben, führt zu Unklarheiten darüber, ob damit der Einsatz von Ressourcen oder mögliche Endzustände von Handlungen beschrieben werden sollen (siehe zur Kritik auch Knecht 2010: 67). Zweitens besteht, wie bereits angesprochen, eine Lücke zwischen seinen empirischen Untersuchungen mit hoch aggregierten Daten und den stark auf die einzelne Person zielenden theoretischen Argumentationen zur Bedeutung der Ressourcen wie auch zur Bedeutung der Fähigkeit, Ressourcen zu nutzen. Dieser fehlende Link kann als Mikro-Makro-Lücke bezeichnet werden (Knecht 2011: 592). Drittens ist zu kritisieren, dass er in seinen Beiträgen die Fähigkeit der Nutzung von Ressourcen, sehr stark betont, dabei aber die Bedeutung der Ressourcen an sich aus dem Blick gerät (ebd.). Dies entspricht, wie oben erwähnt, auch einer Schwachstelle verschiedener sozialpolitischer Argumentationen, die darauf setzen Ungleichheitsstrukturen alleine durch bildungspolitische Maßnahmen in Richtung größerer sozialer Gleichheit zu beeinflussen (Solga 2012, 2014; Kohlrusch 2014). Viertens vernachlässigt er die Diskussion von Machtstrukturen, die zu ungleichen Verteilungen führen. Sein Ansatz, dass mehr Ressourcen zu größeren Handlungsspielräumen (und Freiheiten) führen, ist soziologisch uninformativ, weil er nicht berücksichtigt, dass mehr Ressourcen neue Verteilungskämpfe und neue Methoden der Distinktion implizieren (Knecht 2011: 592). Sen geht also nicht auf die relationale Bedeutung von Ungleichheit ein.

begrenzt soziale Unterstützung erhalten (s.a. Fischer 2020). Ennser-Jedenastik (2016, 2018a) betont mit Bezug auf Österreich in diesem Zusammenhang den Nativismus als wichtigstes Ordnungsprinzip extrem rechter Sozialpolitik. Um das aufzuzeigen, müssen die sozialpolitischen Veränderungen in einem breiteren Zusammenhang gesehen werden; es reicht nicht, die Änderungen einzelner Maßnahmen zu betrachten. So weisen Atzmüller/Knecht/Bodenstein (2020) darauf hin, dass wohlfahrtschauvinistische Politik häufig in ein umfassenderes autoritäres, rechts-elitäres Projekt eingebettet ist, das sich gegen Emanzipation und politische Beteiligung der Gesellschaft auflehnt sowie für Renationalisierung steht und traditionelle Familienstrukturen, geschlechtliche Arbeitsteilung, pronatalistische Politiken sowie punitive, edukative und auch explizit ausgrenzende/exkludierende Maßnahmen in einem breiten Bereich der Sozialpolitik forciert (s.a. Biskamp 2019).²⁴

Diese Art der Politikgestaltung kann sich mit der Zurückdrängung der demokratischen Akteur*innen der Zivilgesellschaft, der Arbeiter*innenbewegung und der Sozialpartner sowie der politischen und öffentlichen Kontrollinstanzen (Medien, unabhängige Gerichte) verbinden (siehe für eine journalistische Darstellung der österreichischen Innenperspektive auch Pilz 2021) bei gleichzeitiger Forcierung eines ökonomischen und nationalen Produktivismus, der Ungleichheiten vertieft und die nationalen Mittelklassen fördert (Atzmüller 2022). Die Kritik an sozialstaatlichen Leistungen (und insbesondere solchen, die Nicht-Staatsbürger*innen zugutekommen) nutzen rechtspopulistische und extrem rechte Parteien in verschiedenen Ländern dafür, den Sozialstaat insgesamt zu diskreditieren und auf diese Weise einen Sozialstaatsabbau bzw. -umbau zu legitimieren und durchzusetzen (Fischer 2020). Sozialpolitische Maßnahmen, die die Einschränkung von Freiheiten durch die Begrenzung individueller Autonomiegewinne entlang nationaler, religiöser sowie klassen- und geschlechtsspezifischer Strukturen und die Zementierung bzw. Vertiefung sozialer Ungleichheiten zum Ziel haben, sind Teil dieser Strategie. Die sozialpolitischen Maßnahmen geben den sie begründenden konservativen bis extrem rechten Vorstellungen von geschlechter-, familien- und bevölkerungspolitischen Absichten, die meist durch kulturalistisch-rassistische oder genetisch-rassistische Argumentationen unterfüttert werden, Gestalt (Butterwegge 2018; Atzmüller 2022; Tálos 2006; Rosenberger/Schmid 2003). Es geht dabei – resourcentheoretisch betrachtet – nicht nur um die Kürzung der Leistungen bzw.

24 Für Lehner und Wodak (2020) umfasst Rechtspopulismus, erstens, Nationalismus/Nativismus/Anti-Pluralismus, zweitens, Anti-Establishment/Anti-Elitismus, drittens, Autoritarismus/hierarchische Gesellschaft und, viertens, Konservativismus/Geschichtsrevisionismus. Diese Position geht zurück auf die Diskussion der 30er und 40er Jahre über den „autoritären Charakter“, der Teil eines starken, autoritär geführten Kollektivs sein möchte, das allerdings nur durch Abgrenzung von einem imaginierten „Anderen“ hergestellt werden kann (Biskamp 2019: 97). Diese Haltung steht in einem Zusammenhang mit der Befürwortung punitiver und aktivierender Politik.

um die Zuteilung von Ressourcen, sondern explizit auch darum, mit Maßnahmen (oder bewusster Untätigkeit) jenseits der Sozialpolitik zu verhindern, dass Menschen die Ressourcen, über die sie verfügen, auch einsetzen können.

Häufig werden im Rahmen dieser reaktionären Politiken Maßnahmen durchgesetzt, die „darauf ausgerichtet sind, das Verhalten armer Menschen durch segregierte (und qualitativ minderwertige) Versorgungssysteme zu disziplinieren (oder bestenfalls Anreize dafür zu schaffen), und zwar häufig auf strafende Weise“ (Fischer 2020: 381, Übersetzung: A.K.).²⁵ „Dies wird regelmäßig als Förderung der Rechte der Armen dargestellt, wobei dies häufig nicht der Funktion der tatsächlich durchgeführten Maßnahmen entspricht“ (ebd.; s.a. Biskamp 2019). Neben die Disziplinierung der einen Bevölkerungsgruppe (z.B. Arbeitslose oder von Armut Betroffene) treten Politiken, die Menschen nicht disziplinieren, sondern sie an die Ränder der Gesellschaft drängen (Atzmüller 2022). Beispiele für diese Marginalisierung (Biskamp 2019: 100f.), die häufig mit einer räumlichen Abtrennung einhergeht, sind die Verbannung von Menschen in Lager wie z.B. Asyllager oder Abschiebezentren, aber auch die Marginalisierung auf dem Arbeitsmarkt, z.B. durch die Etablierung von Ersatz- und Nebenarbeitsmärkten (z.B. spezielle Arbeitsmärkte für Saisonkräfte, befristete Arbeitserlaubnis, 24-Stunden-Pflege etc.), durch die Verdrängung Obdachloser und Bettler*innen aus den Innenstädten oder auch im Rahmen einer Frauen-an-den-Herd-Politik. Im Extremfall forcieren diese ausgrenzenden Politiken die Kriminalisierung besonders benachteiligter Bevölkerungsgruppen (z.B. Obdachlose u.a. in Ungarn; s.a. Lindberg 2020). Dabei befinden sich die Gesetze, die im Rahmen dieser Politiken erlassen werden, auffällig oft selbst jenseits der Grenze des rechtlich Zulässigen.²⁶

Die Ansätze vergleichend kann also gesagt werden, dass der CA – ähnlich wie das neoliberale Leitbild – den Zugang zu Märkten als Erweiterung individueller Chancen diskutiert, jedoch bezieht er in ganz anderer Weise die Bedeutung von gesellschaftlichen und sozialpolitischen Umständen mit ein. Mit dem Sozialinvestitionsansatz teilt der CA die Betonung von Bildung für die Entwicklung und das Fortkommen von Menschen. Allerdings wird im Sozialinvestitionsansatz die Bedeutung von Bildung weitestgehend auf ihre berufliche Verwertbarkeit beschränkt (Bonvin/Galster 2010), während der CA Bildung in seiner funktionalen Bedeutung (für die Einkommenserzielung etc.) wie auch in seiner „intrinsic“ Bedeutung, also als Wert für sich, diskutiert. Sen sieht den Sinn der Vergrößerung von Handlungsspielräumen darin, dass Menschen Ziele verfolgen können, „they have reason to value“ (Sen 1999: 63).

25 „[S]olche interventionistischen und segregationistischen Impulse [...] passen gut zum ähnlich segregationsorientierten Impuls des illiberalen Rechtspopulismus. Während Letzterer seine Disziplin auf rassische oder andere Gruppen und nicht auf allgemeine Kategorien armer Menschen ausrichtet, ermöglicht die Tatsache, dass Armut oft rassifiziert wird, einen reibungslosen Übergang zwischen diesen beiden konzeptionellen Zielen“ (Fischer 2020, S. 382, Übersetzung: A.K.).

26 Für Österreich: Sallmutter 2002; Verfassungsgerichtshof 2021, 2019.

Damit grenzt er sich klar von der Idee aktivierender Maßnahmen ab, die Teil von neoliberalen und sozialinvestiven Maßnahmen sind.

Das rechtspopulistische/extrem rechte Leitbild hat teilweise Berührungspunkte mit dem neoliberalen Leitbild, unterscheidet sich aber stark in den Bedeutung von Migrant*innen und Asylsuchenden, die im neoliberalen Weltbild eher als potentielle Arbeitskräfte gesehen werden und im rechtspopulistischen Leitbild als zu exkludierende Andere gesehen werden. Mude und Rovira Kaltwasser weisen jedoch darauf hin, dass Populismus allgemein bezüglich vieler Themen unbestimmt bleibt und sich daher teilweise mit anderen Ideologien verbindet (Mudde/Rovira Kaltwasser 2019).

Für die kommenden Analyse stellt die Ressourcentheorie den Rahmen dar. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den zwei Bereichen: der Analyse von Diskursen einerseits und den institutionellen Veränderungen andererseits. Die Leitbilder dienen dazu, die Zuteilungsweisen bzw. die Kombination von Politiken der Zuweisung von Ressourcen im Blick zu behalten. Sie stellen damit eine Verbindung von Diskursen und Institutionen her. Der Bereich der Beschäftigungsförderung kann dabei als Geflecht der mehrdimensionalen Zuteilung von Bildungsressourcen, materiellen Ressourcen, psychischen Ressourcen (interdisziplinär) analysiert werden. Institutionelle Veränderungen im Bereich der Beschäftigungsförderung führen dementsprechend auch zu veränderten individuellen Konstellationen der Ressourcenausstattung. Die Phase der Berufsfindung und Einmündung in den Arbeitsmarkt kann auch als Konkretisierung der Idee einer Transformation von Bildungsressourcen in monetäre Ressourcen gesehen und analysiert werden. Die oben angeführten Leitbilder dienen dabei als Basis für die Analyse des Wandels der Diskurse sowie für die Analyse des Wandels der Institutionen im Bereich der Beschäftigungsförderung benachteiligter Jugendlicher. Der ideologische Gehalt und Sinn von Bruchstücken von Diskursen wie auch einzelne Maßnahmen und die Veränderung dieser Maßnahmen können in ihrem Gesamtzusammenhang durch die Zuordnung zu den Leitbildern verdeutlicht werden – und es können gegebenenfalls Brüche zwischen verbreiteten Diskursen und institutionellen Analysen in den Blick genommen werden.